

Recherche und Bewertung der Positionen und Vorschläge des Aktionsbündnisses „Raus aus den Kommunal-Schulden – Lasst unseren Städten die Würde“

Verwendetes Material:

Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009 – (1)

Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009 - Anlage – (2)

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ - Vorschläge, 18.12.2009 – (3)

Stadt Gelsenkirchen, Mitteilungsvorlage 09-14/468 - (4)

- Zum Aktionsbündnis gehören die Städte: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal.
- Erklärtes Ziel des Bündnisses ist es, *„die vor dem finanziellen Aus stehenden Städte vor einem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität ihrer Bürger zu sichern“*. (4) Dazu wurde jetzt – nach bisher 4 Positionspapieren zur grundsätzlichen Problematik der Kommunalfinzen – Vorschläge für eine konkrete Entschuldungsstrategie entwickelt. (3, S.3)
- ***Hier hat eine wichtige neue Entwicklung stattgefunden. Waren zuvor Begriffe und Forderungen von alternativen Kräften in der Kommunalpolitik wie „notwendige kommunale Entschuldung“, „Entlastung von den Zinszahlungen“, „vorherzusehende drastische Steigerungen der Sozialausgaben“, verpöht, verlacht und verschrien, ist dies heute gängiger Tenor. Das erweitert die Möglichkeiten für eine breite Bündnisarbeit und ist ein Erfolg einer jahrelangen, fundierten und konsequenten Arbeit und Positionierung (auch in der Ratsarbeit) von alternativen und fortschrittlichen Kräften zu diesen Fragen.***
- ***Die Frage ist hier jedoch, ob und inwieweit diese konkrete Strategie auch wirklich tauglich ist!***
- Vor allem die starken Steuereinbrüche und ein deutliches Anwachsen der Sozialausgaben werden als Hauptfaktoren für die dramatisch weiter wachsende kommunale Verschuldung aufgeführt. Bezugnehmend auf die letzte Weltwirtschaftskrise wird ausgeführt, dass *„schon in den Jahren 2001 bis 2005 die gleichen Faktoren für einen massiven Verfall der städtischen Finanzen und eine exorbitante Zunahme der Kassenkredite gesorgt (haben)“* (3, S.1). Dabei geht insbesondere vom Sozialbereich die permanente Unterfinanzierung der Kommunen aus. (3, S.3)
- ***Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt in der Auseinandersetzung, um die Bundes- und Landesregierung aber auch die Konzerne und Großbanken ins Visier zu nehmen. Denn insbesondere von deren Gesetzen und ihrem regelrechten Diktat über die gesamte städtische Entwicklung und Struktur (u.a. durch Arbeitslosigkeit, Preisdiktate, Abzug öffentlicher Gelder, Steuerentlastungen, usw.) steigen die Ausgaben im Sozialbereich.***
- Gleichzeitig wird als eine Maßnahme, um aus den Schulden herauszukommen,

festgelegt, dass „die Kommunen selbst ihre Haushaltskonsolidierung über die bisher schon unbesetzten umfangreichen Maßnahmen hinaus deutlich verstärken (müssen)“ (3, S.3)

Konkret fordern die Kommunen „Hilfe zur Selbsthilfe“, und zwar in erster Linie vom Land und in zweiter vom Bund. Damit „verpflichten sie sich selbst zu weiteren eigenen, harten Sparmaßnahmen“. (1)

In der Gelsenkirchener Mitteilung zu Vorlage wird dies folgendermaßen umschrieben: „Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, beabsichtigt das Bündnis, durch eine Reihe von Aktionen, um die Unterstützung ihrer Bürger zu werben“. (4)

→ **Hier steckt der eigentliche Kern der ganzen Entschuldungsstrategie des Aktionsbündnisses, der abgelehnt werden muss! Dass die Schulden nach wie vor in erster Linie auf die breite Masse der Bevölkerung abgeladen und aus ihnen heraus gepresst werden soll. Die Großbanken und Konzerne tauchen als solche weder in der Pressemitteilung, noch in der Anlage, noch in den Vorschlägen für eine nachhaltige Lösung aus. Damit werden die Hauptnutznießer und Hauptverantwortlichen der dramatischen Entwicklung der kommunalen Verschuldungskrise aus dem Visier und aus der Verantwortung genommen!**

- Das Aktionsbündnis fordert umgehende Maßnahmen einzuleiten, die darauf abzielen, die Altlast der Schulden abzubauen und die Ursachen der Verschuldung, zu der vor allem eine permanente Unterfinanzierung kommunaler Aufgaben gehören, zu beenden. (3, S.3)

→ **Siehe auch Punkt vorher. Die Ursachen der Verschuldung werden gar nicht richtig angepackt - geschweige denn das grundsätzliche Problem der chronischen Staatsverschuldung.**

- 3 Kernforderungen hat das Aktionsbündnis an die Landesregierung:

1.) Gewährleistung einer Finanzausstattung entsprechend der Aufgaben der Kommunen. (1, S.2) – hier wird in den Vorschlägen nicht näher darauf eingegangen.

2.) Einrichtung eines Entschuldungsfonds, gemeinsam mit den Kommunen, über einen Zeitraum von 10 Jahren zum weitgehenden Abbau der Kassenkredite, um „die Anstrengungen und Mittel aller Beteiligten zu bündeln, die zur Lösung der Schuldenproblematik erforderlich sind“ (3, S.4).

→ **Dieser Fonds ist jedoch auf lange Sicht im Grunde eine Mogelpackung beziehungsweise lediglich eine statistische zehnjährige Herausnahme der Kassenkredite aus den kommunalen Haushalten.**

!! Denn „nach der Überführung der kommunalen Kassenkredite in den Entschuldungsfonds bleiben die Städte und Gemeinden weiterhin Eigentümer ihre Verpflichtungen und tragen deshalb für die hierfür anfallenden Zinsausgaben und Tilgungsleistungen die Hauptverantwortung“ (ebenda). Und die nach 10 Jahren „verbleibenden Restschulden werden wieder an die Schuldnergemeinden rückübertragen“ (ebenda) !!

Die kommunalen Kassenkredite werden also allenfalls in einem Entschuldungsfonds geparkt und verwaltet und schaffen die Möglichkeit, kurzfristig aus dem Nothaushaltsrecht herauszukommen und finanziellen „Spielraum“ zu erhalten.

Später – nach 10 Jahren – kommt das böse Erwachen nach der Rückübertragung.

- 3.) Eine Landeshilfe von mindestens 800 Millionen € pro Jahr soll finanziell zur Entschuldung der Kommunen beitragen, ist aber an starke Konsolidierungsmaßnahmen der Kommunen gebunden („Hilfe zur Selbsthilfe“) (1, S.2). Dies soll eine „*Tilgungshilfe im Gegenzug für eine vorausschauende Haushaltsführung*“ sein. (3, S.5)

→ ***Tatsächlich wird damit die Landesregierung in die Pflicht genommen, einen Teil der kommunalen Schulden über die Einzahlung in den Entschuldungsfonds zu leisten. Jedoch verbunden mit der gleichzeitigen Möglichkeit, die kommunalen Haushalte zu diktieren. Denn „die Tilgungshilfe ist ebenfalls an die Einhaltung von Auflagen zur Haushaltskonsolidierung zu binden“ (3, S.5)***

Als weiterer Schritt wird eine *„Zinshilfe zur Vermeidung altschuldenbedingter Defizite für besonders hoch verschuldete Gemeinden“* vorgeschlagen. Diese Zinshilfe ist ebenfalls *„ab dem zweiten Jahr an die Einhaltung strikter Haushaltsauflagen zu binden“*.

Und der dritte Schritt soll eine *„Zusatztilgung für den vollständigen Abbau der Kassenkreditschulden“* sein. (3, S.5) Hier wird jeder *„zusätzliche kommunalen Euro“* der in den Fonds von den Städten auf ihr Konto eingezahlt wird, vom Land mit einem weiteren Euro auf ihrem Konto ergänzt.

→ ***Das soll also einen Anreiz schaffen, zusätzliche Euros aus den kommunalen Haushalten und de facto aus der Bevölkerung herauszupressen. Sozusagen eine Streich- und Kürzungsprämie!***

Gesamt: Alle dies Vorschläge und Maßnahmen zielen im Endeffekt auf einen schärferen Kurs in der kommunalen Haushaltsführung ab und zwingen mehr oder weniger zur Unterwerfung unter kommunale Streichungen und Kürzungen.

Denn „Für alle Instrumente muss gelten: staatliche Hilfen und interkommunale Solidarität gibt es nicht zum Nulltarif. Ihre Inanspruchnahme setzt die Erfüllung ebenso eindeutiger wie strikter Haushaltsauflagen voraus. Im Falle ihrer Missachtung sind die Hilfsleistungen – Zinshilfe und ordentliche Tilgung – zu reduzieren beziehungsweise nach wiederholten Verstößen vollständig zu streichen. (...) Der Primärsaldo ist mindestens auszugleichen. (...) die betroffenen Kommunen müssen sich dabei zu überdurchschnittlichen Einsparungen bereit erklären“ !! (3, S.5)

Der Druck, der dabei auf die Kommunen ausgeübt wird – und unter den sich die beteiligten Städte des Aktionsbündnisses unterwerfen wollen -, wird folgendermaßen erklärt: *„Da die verbliebenen Kredite nach Ablauf der zehnjährigen Laufzeit der Altschuldenhilfe wieder an ihre Schuldnergemeinde rückübertragen werden und der Kontostand/das Schuldenniveau die Grundlage für die Berechnung des kommunalen Zinsbeitrag bildet, dürften die beteiligten Städte und Gemeinden einen starken Anreiz zum größtmöglichen Abbau ihrer Verbindlichkeiten haben.“ (3, S.5)*

- Auch die Finanzierung dieser angeblichen Strategie zur Entschuldung geht voll zulasten des kommunalen oder Länder-Haushalts oder wird direkt auf die Einwohner der beteiligten Städte übertragen.
 - a) Als erste Säule der Finanzierung wird das Land Nordrhein-Westfalen als Träger der Kommunalaufsicht herangezogen (3, S.5). Das ist auf jeden Fall richtig, gehen doch viele zusätzliche Belastungen und kommunalen Mindereinnahmen auf die Landesregierung NRW zurück.
 - b) Als zweite Säule der Finanzierung werden die gesamten nordrhein-westfälischen Kommunen herangezogen, indem die am Entschuldungsfonds beteiligten Kommunen sich selbst zu überdurchschnittlichen Konsolidierungsanstrengungen verpflichten, und die gesamte Solidargemeinschaft der Kommunen in NRW ebenfalls einen auf 10 Jahre befristeten Beitrag zur Finanzierung des Fonds leistet.
 - ***Dies wird jedoch voll zu Lasten der Bevölkerung über die kommunalen Haushalte gehen. Denn woher soll das Geld kommen?***
 - c) Als dritte Säule der Finanzierung werden „die Bürger der überschuldeten Städte“ herangezogen. Hier wird die Einführung einer „Entschuldungsabgabe“ vorgeschlagen in dem zum Beispiel der Hebesatz der Grundsteuer B erhöht werden kann. (Trifft z.B. Grundstückseigentümer, sowie über die Nebenkosten alle Mieten)
 - ***Über diese Maßnahmen wird die Bevölkerung in den betroffenen Städten zusätzlich und direkt zur Kasse gebeten.***
- Es ist geradezu ein Witz und muss abgelehnt werden, wenn diejenigen, die überhaupt nicht schuld sind an der kommunalen Finanz- sowie der Weltwirtschaftskrise, jetzt dafür zur Kasse gebeten werden, während gleichzeitig die Hauptverantwortlichen, die Banken und Konzerne, völlig unberührt bleiben sollen - ja noch nicht einmal Erwähnung in den ganzen Papieren finden!***

Wichtiger Terminhinweis:

- Am **Freitag, 19.02.2010** findet in Essen mit der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth, eine Fachtagung der Memorandumsstädte „Wege aus der Kommunalverschuldung“ statt.